

Widerstand gegen Stuttgart 21

Der Widerstand gegen das Großprojekt Stuttgart 21 besteht seit 16 Jahren, genau so lang wie das Projekt selbst. Dieser Widerstand stützt sich auf eine breite Basis in der Bevölkerung, quer durch alle Schichten der Gesellschaft und alle Altersgruppen. Laut einer repräsentativen Meinungsumfrage lehnt eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung das Projekt ab (in Stuttgart sind es 70%, in ganz Baden-Württemberg 58%).

Der Widerstand wird stärker

Und auch der aktive Widerstand wird von Jahr zu Jahr, von Woche zu Woche stärker und entschlossener. Seit Mitte November 2009 treffen sich die Stuttgart 21-Gegner am Bahnhof zur Montagsdemo: Schon im Januar kamen wöchentlich 3.000 Bürger, um ihren Protest kund zu tun, trotz zum Teil eisiger Kälte, Schnee und Regen. Demnächst wird die 30. Montagsdemo gefeiert mit inzwischen fast 5.000 Montagsdemonstranten. Auffällig ist das Publikum dieser Demos aber nicht nur aufgrund seiner Zahl und Ausdauer, auch die vielen gutbürgerlichen Teilnehmer in Hut und Mantel sind ungewöhnlich: Immer wieder trifft man Menschen, oft alteingesessene Stuttgarter, die zum ersten Mal im Leben auf einer Kundgebung sind – aber sicher nicht zum letzten Mal, solange Stuttgart 21 nicht gestoppt ist.

Demokratische Einflussnahme

Neben dem Widerstand gegen das Projekt selbst wächst auch der Unmut über die Missachtung des offensichtlichen Bürgerwillens und das undemokratische Vorgehen der Projektbetreiber: Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster wurde 2004 im Amt bestätigt für das Wahlversprechen, im Falle von Kostensteigerungen einen Bürgerentscheid zu Stuttgart 21 durchzuführen. Inzwischen sind die Kosten auch für die Stadt Stuttgart um ein vielfaches gestiegen. Bürgerentscheid gab es keinen – auch nicht, nachdem im Jahr 2007 innerhalb von sechs Wochen 61.193 gültige Unterschriften für ein dahingehendes Bürgerbegehren gesammelt wurden (formale Voraussetzung für ein Bürgerbegehren sind in Stuttgart 20.000 Unterschriften). Der Bürgerentscheid wurde vom Gemeinderat abgelehnt und mithilfe juristischer Tricks verhindert: Die Entscheidung für oder gegen (eine städtische Beteiligung an) Stuttgart 21 wurde zum reinen Haushaltsthema erklärt – worüber kein Bürgerentscheid erzwungen werden kann.

Da alle Formen der demokratischen Einflussnahme von den Entscheidungsträgern ignoriert oder blockiert werden, gibt es eine tägliche wachsende Gruppe von Bürgern, die sich offen zu zivilem Ungehorsam bekennt. Kristallisationspunkt hierfür ist der Mittlere Schlossgarten (neben dem Hauptbahnhof), der Stuttgart 21 zum Opfer fallen soll. Auf der im November 2009 eingerichteten Seite www.parkschuetzer.de erklären bereits mehr als 1.400 Parkschützer der Stufe 4, sich „äußerstenfalls auch den Baufahrzeugen in den Weg zu stellen oder an Bäume zu ketten!“ Damit es nicht bei der bloßen Erklärung bleibt, trainieren sie schon jetzt alle Formen gewaltfreien Widerstands, von der Sitzblockade bis zum Anketten. Mit Bezugsgruppen und SMS-Alarm sorgen die Parkschützer dafür, dass eine Blockade von Baumfällungen oder Bauarbeiten im Ernstfall schnell und gut funktioniert. Um gleichzeitig zu verdeutlichen, welchen Eingriff in Stuttgarts Leben der Bau von Stuttgart 21 bedeuten würde, üben sie zum Beispiel im Feierabendverkehr vor dem Hauptbahnhof eine Sitzblockade – die Mehrzahl der Demonstranten ist vor Stuttgart 21 noch nie auf die Straße gegangen; sich auf eine (Hauptverkehrs-)Straße zu setzen, ist daher für sie ein großer Schritt.



bitte wenden

Gründe für die Ablehnung von Stuttgart 21

Gründe für die breite Ablehnung gibt es viele, angefangen von den horrenden Kosten, über die Zerstörung von Schlossgarten und denkmalgeschütztem Bonatzbau, bis hin zu den Verschlechterungen für den nationalen und internationalen Bahnverkehr. Für Stuttgart 21 spricht hingegen nichts. Der gerne angeführte Fahrzeitgewinn zwischen Stuttgart und Ulm geht allein auf das Konto der geplanten Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, welche ein separates Projekt darstellt (Planung und Planfeststellung für dieses Projekt sind noch lückenhafter als für Stuttgart 21). Der Ausbau der Verbindung zwischen Stuttgart und Ulm und, bis auf zwei Minuten, der damit verbundene Fahrzeitgewinn, wäre ohne das Stuttgart 21 schneller und wesentlich billiger zu realisieren (Vieregg & Rössler, zu finden unter www.parkschuetzer.org/presse).

Im Interesse der Bürger sollte die Bundesregierung das Prestigeprojekt Stuttgart 21 streichen, bevor sie über Mehrwertsteuererhöhungen oder ähnliches nachdenkt, um den Haushalt zu konsolidieren.

